

Brühler Zeitung

Anzeigenpreis: Das Millimeter 6 Rfg., Neblamen 20 Rfg.
für auswärts, sowie Bekanntmachungen, notarielle, gericht-
liche u. Finanz-Anzeigen 10 Rfg. Neblamen auswärts 30 Rfg.
Geschäftsstelle: Brühl, Schloßstraße 23.

Brühler Volksblatt, Brühler Tageblatt, Brühler Volkszeitung
Amtsblatt der Stadt Brühl
Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 108 und 109.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch
die Post monatlich 1.50 RM.
Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rech-
fertigen keine Ersatzansprüche.

Nr. 114

Mittwoch, 16. Mai 1928

81. Jahrgang.

Wen wählt die christliche Frau?

Nur die unter allen Parteien, die der Gattin und Mutter tiefste Interessen am reinsten vertritt. Ist es ein Wunder, daß die Frauen zu den treuesten und unbedingtesten Anhängern der Zentrums-Partei gehören? Wo werden die Fragen, die das Frauenherz ganz besonders bewegen, grundsätzlicher und entschlossener angefaßt, als in der Partei, deren Zweck und Ziel die Herrschaft christlichen Geistes in allem Tun der Menschen ist. Wer hat konsequenter den religiösen Charakter der Schule erstrebt, wer sich energischer bemüht, den entsetzlichen Schmutz zu tilgen, der in Wort oder Bild die Seele der Jugend bedroht? Wer hat so eindeutig und klar für die Heiligung der Ehe und ihren gesetzlichen Schutz gekämpft, wie die Zentrums-Partei?

Niemand, auch die Deutschnationale Volkspartei nicht, so sehr sie sonst ihr positives Verhältnis zum Christentum betont. Die Deutschnationalen haben in der Frage der Ehegesetze geschwankt, das Zentrum nie. Das Zentrum steht fest auf dem Standpunkt, daß die Ehe nicht eine rein weltliche Angelegenheit, sondern nach göttlicher Einsetzung ein Sakrament ist und daß darum der Mensch nicht das Recht hat, das von Gott Verbundene zu trennen. Das Zentrum kann also bei keinem Gesetz mitwirken, das die Scheidung der Ehe ermöglichen oder gar erleichtern soll.

Die christliche Ehe ist in Gefahr. Das Freiheitskultus, unterstützt von der Gleichgültigkeit weiterer Kreise, belächelt die Ehe seit Jahren. Die Verhandlungen des Rechtsausschusses im ersten Quartal dieses Jahres haben von Neuem gezeigt, wo die Gegner sitzen und wie sie sich mühen, aus der göttlichen Einrichtung ein jederzeit lösbares rein irdisches Rechtsverhältnis zu machen. Keine christliche Frau darf diese Verhandlungen nicht kennen. Jede muß wissen, wie es dort zugeht. Deshalb sei das Recht, das heute besteht und die Aufklärungsarbeit der Gegner hier kurz noch einmal geschildert.

Nach dem geltenden Recht kann die Ehe nur geschieden werden, wenn ein Verschulden eines von beiden Ehegatten vorliegt. Die Schuld bringt dem Schuldigen gewisse Rechtsnachteile (Verlust der Kinder oder des Anspruchs auf Unterhalt, sowie bei schuldigen Frauen der Weiterführung des Mannesnamens). Demgegenüber wollten die von Sozialdemokraten, und Demokraten eingebrachten Anträge, — denen das Mitglied der Wirtschaftspartei nachher eine präzise Fassung gab — das Schuldprinzip übergehen, wenn die Scheidungsgründe des bürgerlichen Gesetzbuches (Ehebruch, Tracht nach dem Leben, Mißhandlung, ehewidriges Verhalten usw.) zwar nicht vorliegen, die Ehe aber aus anderen Gründen so zerrüttet ist, daß eine Wiederaufnahme der ehelichen Gemeinschaft nicht mehr erwartet werden kann und wenn die Ehegatten eben wegen dieser Zerrüttung, an welcher keinen der beiden Ehegatten eine nachweisbare Schuld trifft, mindestens ein Jahr völlig getrennt gelebt haben. Der Ehegatte, den etwa ein feststehendes Verschulden an der Zerrüttung trifft, soll die Klage nicht erheben können. Dieser Antrag fand im Rechtsausschuß eine Mehrheit, die aus Demokraten, Sozialdemokraten, Deutscher Volkspartei und Kommunisten bestand. Abgelehnt wurde dagegen ein anderer Teil des Antrags, nach welchem eine Ehe geschieden werden kann, wenn die Ehegatten im gegenseitigen Einverständnis fünf Jahre getrennt gelebt haben, also Scheidung auf gegenseitige Einwilligung. Gegen diesen Antrag stimmten auch die Vertreter der Deutschen Volkspartei mit Deutschnationalen, Bayerischer Volkspartei und Zentrum. Der Vertreter der Wirtschaftspartei war abwesend.

Daß auch die Deutschnationalen nicht unbedingt auf dem Boden der unaufhebaren Ehe stehen, beweist der ebenfalls im Rechtsausschuß eingebrachte Antrag Freytag-Loringhoven, nach welchem nach 3-jähriger Dauer eine Ehe ohne Vorliegen von Ehebruch usw. wegen Zerrüttung geschieden werden kann, aber nur, wenn Kinder entweder nicht vorhanden oder über 18 Jahre alt seien. Dem Manne sollte das Recht auf Klage nicht mehr zustehen, wenn die Frau über 45 Jahre alt wäre und ebenso sollte die Frau nicht klagen können, wenn der Mann das sechzigste Jahr überschritten hätte.

Der Antrag bezweckte eine Erschwerung der Scheidung für den Fall, daß die An-

träge der demokratischen Fraktion angenommen würden, von denen früher die Rede war. Dennoch stimmte das Zentrum, seinen Grundsatzen entsprechend, dagegen, weil es keinen Antrag billigen kann, der die Möglichkeit einer Scheidung zur Voraussetzung hat. Sein Standpunkt ist ein für allemal gegeben in der Anerkennung der sakramentalen, unaufheblichen Ehe. Aus den Verhandlungen ergab sich also wieder, daß auch die Deutschnationale Volkspartei nicht absolut für die Unauflöslichkeit der Ehe eintritt, sondern die Scheidung grundsätzlich als berechtigt anerkennt.

Nach dem geltenden Recht kann ein Ehegatte auf Scheidung klagen, wenn der andere seit drei Jahren unheilbar geisteskrank ist. Im Rechtsausschuß wurde ein Antrag angenommen, der dies Recht zu Ungunsten des kranken Ehegatten verschlechterte. Die Scheidung soll nun möglich sein ohne Rücksicht auf die Dauer der Krankheit. Es muß nur festgestellt sein, daß die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der geistigen Gemeinschaft nicht mehr besteht. Damit wäre dem Mißbrauch des Begriffes

Geisteskrankheit Tür und Tor geöffnet. Mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei stimmten alle anwesenden Fraktionsvertreter für diesen gefährlichen Antrag.

Durch die vorzeitige Auflösung des Reichstages wurde verhindert, daß die im Rechtsausschuß angenommenen Anträge zur Erleichterung der Ehescheidung in das Plenum kamen. Da kein Überleitungs-gesetz die Ergebnisse der Ausschussitzung dem neuen Reichstag zuleitet, wie dies beim Straßburger Entwurf der Fall ist, müssen im neuen Reichstag die Anträge ganz neu behandelt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sie wieder in der alten Form neu aufleben werden.

Die Mehrheitsverhältnisse des neuen Reichstages entscheiden endgültig über das Schicksal der christlichen Ehe. Darum ist es so unendlich wichtig, daß die Parteien verstärkt in den Reichstag einziehen, die grundsätzlich und praktisch die Ehescheidung verwerfen. Verlässlich sind in dieser Beziehung nur Zentrum und Bayerische Volkspartei.

Daran denke die christliche Frau am 20. Mai.

Heute Mittwoch abends 8 Uhr im Josefshause letzte große Wählerversammlung der Zentrums-Partei

Es sprechen:

Abgeordneter Joos und
Stadiverordneter Schaeven.

Erscheinen für alle Zentrumswählerinnen- und wähler Ehrensache.

Die Augen auf

von Peter Horn, Berlin, Vorstandsmitglied des Verbandes R K V.

Diese Mahnung sei besonders an die christliche Angestellten-Gesellschaft gerichtet, wenn sie darüber entscheiden soll, welcher von den zahlreichen Parteien sie am 20. Mai ihre Stimme geben soll. Zur Erleichterung dieser Prüfung werden die nachstehenden Ausführungen allen, die es angeht, zur Beherzigung empfohlen.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete und Bundesvorsitzende des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Herr Gust. Schneider, beschäftigt sich in Nr. 8 des GMA (der Zeitschrift des genannten Bundes) unter der Überschrift „Stirb und Werde“ mit der Arbeit des verflochtenen Reichstages. In diesem Artikel heißt es u. a.:

„Dem gescheiterten Schulgesetz wird der national empfindende Deutsche nicht nachtrauern. Wir haben leider Gottes Gegenfähigkeiten genug im deutschen Volk, als daß auch noch die Schule zum Kampffeld der Parteien herabgewürdigt werden sollte. Die religiöse Erziehung der Kinder wird nicht gefährdet, wenn Kinder verschiedener Konfessionen die gleiche Schule besuchen. Es wird doch niemand im Ernste behaupten wollen, das religiöse Empfinden sei in den Simultanschulländern weniger gut entwickelt. In den höheren Schulen besuchen doch auch Schüler aller Glaubensbekenntnisse die gleiche Schule, warum soll es in der Volksschule, der Schule der Minderbemittelten, nicht möglich sein? Wozu diese ungleiche, unterschiedliche Behandlung? Die Trennung der Volksschule in konfessionelle und weltliche Schule würde auch die sozialen und klassengegenwärtigen stärker hervortreten lassen. Die weltlichen Schulen könnten leicht zu Parteischulen werden. Das Bildungsziel der Schule muß die Erziehung zum deutschen Menschen sein. Dar-

aus folgt die Schulhoheit des Staates. Der Wille der Erziehungsberechtigten soll nicht ausgegallert sein, muß aber in den Grenzen der alle Bürger verpflichtenden Staatsautorität bleiben. Ein Mehr wäre Verrecht!“ (Vom Verfasser selbst gesperrt).

Zunächst eine Vorbemerkung. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten führt in seinen Mitgliederlisten auch eine große Anzahl Katholiken. Er ist eine Organisation, die nach den Bestimmungen der Satzung zur parteipolitischen und religiösen Neutralität verpflichtet ist. Gegen diese Pflicht hat Herr Schneider verstoßen und damit die Gefühle seiner katholischen, ja seiner positiv-christlichen Mitglieder überhaupt, auf das Empfindlichste verletzt. Man sieht aber auch hieran, daß das Weltanschauliche vom Politischen in Wirklichkeit nicht zu trennen ist. Das gilt im weiteren Sinne ebenso für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zur Sache selbst folgendes:

Herrn Schneider selbst, dem hier das demokratische Parteiprogramm die Feder geführt hat, liegt angeblich außerordentlich viel an der Erziehung zum deutschen Menschen. Frage: Wem anders kommen die großen Werte, die in einer religiös-christlichen Jugenderziehung begründet liegen, zugute, als dem Gesamtvolke — der deutschen Nation? Gerade der national empfindende Deutsche muß deshalb das Scheitern des Schulgesetzes aufs tiefste bedauern. Was die Anhänger der Bekenntnisschule fordern, ist nichts anderes, als das ihnen in der Reichsverfassung verbürgte natürliche, für uns selbstverständliche Menschen- und Elternrecht. Wenn die Schule, was auch wir bitter beklagen, heute zum Kampffeld der politischen Parteien herabgewürdigt ist, so ist dafür in erster Linie der Liberalismus jeglicher Schattierung verantwortlich. Eine staatliche

Das Ziel unserer ganzen Parteiarbeit ist Volk und Staat. Das Fundament aber, auf dem wir unsere politische Arbeit aufbauen wollen, ist doch ein religiöses, ist die christliche Weltanschauung. Es ist doch wesentlich und charakteristisch für unsere Partei, daß wir die verschiedensten Stände und Klassen in unserer Partei zusammenschließen; auch diese Tatsache ist nicht zuletzt religiös fundamentiert. Auf diesem Boden sind wir doch sozusagen der „Mikrokosmos des Reichstages“, sind wir der Reichstag im Kleinen und in der Lage, zunächst in unseren Reihen eine Vermittlung zwischen den widerstrebenden Interessen vorzunehmen und dann weiterhin zwischen den hin und her wogenden Interessen im Reichstag selbst einen Ausgleich zu suchen.

Wenn ich mir die anderen Parteien ansehe: die Sozialdemokraten, die Demokraten, die nicht in dem Maße Weltanschauungsparteien sind, die vielleicht soweit ihnen überhaupt eine Weltanschauung zugrunde liegt, dem Individualismus oder dem Materialismus huldigen, so kann man verstehen, daß diese als Leitmotiv für ihre ganze Konstruktion und den Inhalt ihres Parteiprogramms etwa die Verfassungsfrage oder die sozialistische Wirtschaftsordnung wählen. Das kann ich aber nicht auf dem Boden, auf dem wir stehen, denn der Boden, auf dem wir stehen, läßt jedem in dieser Beziehung seine Freiheit im Grundgesetz.

Brauns, Vierter Reichsparteitag,
November 1925.

Politische Neuigkeiten

— Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsdirektor Dr. Hagemann ist in das preussische Ministerium des Innern berufen worden.

— Der neugebildete Wirtschaftsrat des Völkerbundes hat Montag seine Beratungen, die etwa acht Tage dauern werden, aufgenommen.

— Wie schon gemeldet, ist der vorgegebene Besuch des tschechischen Außenministers Dr. Beneš nunmehr endgültig ausgefallen. Dr. Beneš wird am Donnerstag die Pressa in Köln besuchen. Ob er auf der Heimreise nach Prag Berlin berühren wird, steht noch nicht fest; doch in diesem Falle wird er in Berlin keinerlei Besprechungen führen.

Schulhoheit, die ihre durch das Elternrecht gezogenen Grenzen nicht überschreiten darf, erkennen auch wir an. Wie man dabei von einer Verletzung der Staatsautorität reden kann, ist uns unverständlich und muß in das Reich der Schlagworte und Phrasen verwiesen werden. Herr Schneider befürchtet eine Entwidlung zur „Parteischule“. Uebersteht der Artikelsschreiber, daß wir auch ohne Reichsschulgesetz schon eine Reihe von weltlichen Schulen haben? Warum verteidigt und fordert der Liberalismus, — die Demokraten nicht ausgeschlossen — denn mit solcher Wärme die Simultanschulen? Doch wohl deshalb, weil er darin seine Parteischule sieht. Die Demokratie ist doch sonst gegen jede Drangsalierung der freien Willensentscheidung, hier aber vergewaltigt man das Elternrecht. Bei dem Vergleich mit den mittleren und höheren Schulen wird übersehen, daß wir Katholiken den heutigen Zustand absolut nicht als ideal ansehen, im Gegenteil, daran sehr vieles zu beanstanden haben. Gerade der vielfach unheilvolle Einfluß, der von diesen Schulen ausgeht, bestärkt uns in dem Verlangen nach der freien Entfaltungsmöglichkeit der Konfessionsschule. Es ist sehr naiv, anzunehmen, daß ein Verdienst der Simultanschulen sei, wenn auch das religiöse Empfinden in den Simultanschulländern ein sehr reges sei. Das Verdienst gebührt einzig und allein der Kirche und ihren Institutionen, insbesondere auch den kirchlichen Organisationen, die durch die Unzulässigkeit des Liberalismus einen allerdings erfreulichen Aufschwung genommen haben.

Nach auf eine recht eigenartige Gegenüberstellung muß hier hingewiesen werden. In derselben Nummer rührt ein Herr Th. die Werberommel für Herrn Schneider, der wiederum als Reichstagskandidat der demokratischen Partei und zwar im Wahlkreis Leipzig aufgestellt ist, außerdem aber auch noch einen Platz auf der Reichsliste gefunden hat. Dort wird gesagt:

„Er will los von der Vormundschaft des Staates... Er will zur lebendigen Gestaltung und zur vollen Verantwortlichkeit der direkt Beteiligten im sozialpolitischen Geschehen. Solche sittliche Gesichtspunkte sind hier für Schneider ausschlaggebend.“

Bravo! Darin kann man dem Herrn Schneider nur beipflichten. Im übrigen steht er in diesem Streben keineswegs allein. Aber warum hier so und in der Schulfrage anders? Hohe sittliche Gesichtspunkte sind es, die für das christliche Volk, auch für die positiv-christlichen Mitglieder des ZVd. bei ihrer Forderung nach gleichberechtigter Zulassung der Konfessionsschule maßgebend sind, nicht zuletzt auch im Interesse des Staates.

Wer will, daß in unserem gesamten Berufs- und Wirtschaftsleben wieder mehr christlicher Geist herrsche und gesunde Moralgrundsätze Eingang finden, der sorge mit uns dafür, daß der christliche Berufsgedanke schon in der konfessionellen Volksschule ungehindert grundgelegt werden kann.

Der katholische Kaufmann und Angestellte sieht nicht nur auf die Erfüllung seiner unmittelbaren Standesinteressen. Er wird am 20. Mai genau zu prüfen haben, bei welcher Partei insbesondere auch seine kulturellen und religiösen Interessen am besten gewahrt sind. Das ist bestimmt nicht bei den Demokraten und den sonst irgendwie gearteten liberalen Parteien, sondern nur beim Zentrum der Fall. Deshalb — die Augen auf!

Sine Verfügung des preussischen Justizministers

Berlin, 5. Mai. Der preussische Justizminister hat heute an die Generalstaatsanwälte eine Verfügung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

„Aus Anlaß der bevorstehenden Wahlen ersuche ich die Staatsanwaltschaften, ihr besonderes Augenmerk auf etwaige Fälle zu richten, in denen versucht wird, Wähler in unzulässiger Weise an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu hindern, oder bei der Abgabe ihrer Stimmen zu beeinflussen. Wo solche Fälle zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangen, ist gegen die Täter mit allem Nachdruck und mit umflüsterter Beschleunigung einzuschreiten. Ueber die Einleitung und den Gang der Verfahren ist zu berichten.“

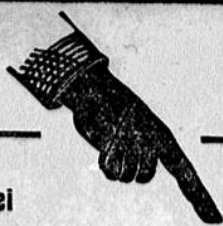
Die Ausländer verlassen Peking

London, 15. Mai. Nach den aus Peking vorliegenden Meldungen treffen die ausländischen diplomatischen Vertretungen wie die dort anässigen Ausländer Vorbereitungen, um Peking noch vor den zu erwartenden Kämpfen zu verlassen. Die Ausländer wollen sich nach Tientsin begeben.

1. Sozialdemokratische Partei

2. Deutsch Nationale Volkspartei

3. Zentrum



Wähle richtig,

wähle

Zentrum!

Mittelständler es geht dich an!

Beachte was das Zentrum für dich getan!

Nachdem die Hauszinssteuer unter Mitwirkung der Wirtschaftspartei geschaffen war, setzte sich das Zentrum sofort für die Beseitigung der Härten der Hauszinssteuer ein.

Die weitgehenden Milderungen der Hauszinssteuer für die vom Eigentümer genutzten gewerblichen und Wohnräume sind in ihrer Gesamtheit auf Anträge der Zentrumsfraktion zurückzuführen.

Auf dem Gebiete der allgemeinen Gewerbebeförderung hat die Zentrumsfraktion erhebliche und erfolgreiche Arbeit geleistet. Seitens derselben wurden zahlreiche Anträge gestellt bezw. Regelung des Verbindungswezens, weitestgehende Vergebung von staatlichen Aufträgen an das Handwerk und Gewerbe, insbesondere auch an das westliche Gebiet, Einschränkung von Handwerksarbeiten in Strafanstalten, die Unterbindung des geheimen Warenhandels bei den Behörden und die Belebung des Bauhandwerks. Alle diese Anträge sind Gegenstand eingehendster Beratung gewesen und haben auch im Plenum Annahme gefunden.

Die Ermäßigung der zu hoch empfundenen Verwaltungsgebühren ist auf Antrag der Zentrumsfraktion herbeigeführt worden.

Auch bei dem Gesetz über den Finanzausgleich war die Zentrumsfraktion mit Erfolg bemüht, eine Regelung herbeizuführen, welche sowohl den Staats- wie auch den Gemeindeinteressen Rechnung trug. Dieses bedeutete ebenfalls eine Förderung des gewerblichen Mittelstandes.

Die Kreditnot im Handwerk und Gewerbe, insbesondere in den Jahren 1924/1925, erforderte besondere Maßnahmen. Mit Zustimmung der Zentrumsfraktion stellte der Abgeordnete Böiges am 31. März 1925 einen entsprechenden Antrag. Der Landtag beschloß in Verfolg dieses Antrages, daß für die Behebung der Kreditnot

50 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen seien.

Die Förderung der Berufsschulen und die Heranbildung eines guten Nachwuchses im Handwerk war stets Gegenstand eingehendster Fürsorge der Zentrumsfraktion. Durch den ständigen Druck der Zentrumsfraktion erhöhte das Staatsministerium den Jahreszuschuß innerhalb einiger Jahre von 3 RM. auf 20 RM. für jeden Schüler. Auch wurde das Gesetz dahingehend abgeändert, daß die Aufbringung der verbleibenden Lasten in der Regel zur Hälfte durch die Gemeinden und die andere Hälfte durch die Gewerbetreibenden erfolgt, auch soweit letztere keine Lehrlinge halten.

Für die Förderung der Meisterkurse und Gewerbebeförderungsanstalten durch erhöhte Staatszuschüsse trat die Zentrumsfraktion mit allem Nachdruck ein.

Die Fülle der hier aufgeführten Aufgaben für den gewerblichen Mittelstand und die in dieser Hinsicht geleisteten umfangreichen und erfolgreichen Arbeiten erbringen erneut den Beweis, daß die Zentrumsfraktion wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft, gewillt ist, eine weitgehende mittelstandsfreundliche Politik zu treiben.

Darum Treue um Treue!
Wählt Zentrum Liste 3

Mobile zu einem neuen Polflug aufgestiegen.

Nach Lenin-Land.

Dolce, 15. Mai. General Mobile ist heute mittag gegen 1.15 Uhr mit der Italia zu einem neuen Polflug aufgestiegen, der etwa 50 Stunden dauern soll. Auch dieser Flug gilt wieder dem Leninland. Wie es heißt, soll das Wetter für das Unternehmen günstig sein.

Das Befinden Dr. Stresemanns

Berlin, 15. Mai. Ueber die Erkrankung Dr. Stresemanns ist heute abend von den behandelnden Ärzten folgende Mitteilung ergangen:

Im Befinden des Reichsaussenministers Dr. Stresemann ist insofern eine Veränderung eingetreten, als die Magen- und Darmerscheinungen sich gebessert haben. Indessen hält die Störung der Nierentätigkeit an. Abendtemperatur 37,6, Puls 80. Der Charakter der Erkrankung muß auch heute noch als ernst angesehen werden.

Gez. Professor Dr. H. Zondek, Sanitätsrat Dr. Gierius, Dr. Schulmann.

Wie die B. Z. meldet, sind die Ärzte der Ansicht, daß Lebensgefahr für den Reichsaussenminister des Neuhern im gegenwärtigen Augenblick nicht besteht. Augencheinlich hat Dr. Stresemann gestern nachmittag eine Krise durchgemacht, die von den Ärzten als überwunden angesehen wird. Die Erkrankung des Ministers ist deshalb ernst, weil diesmal beide Nieren in ihrer Tätigkeit stark gehemmt sind. Verbunden mit der Nierenentzündung sind gleichzeitig hiermit Vergiftungsercheinungen im Magen und Darm; heftiges Erbrechen mußte festgestellt werden. Hinzu kommt, daß das Herz des Ministers des Neuhern wieder arg geschwächt ist. Für die nächsten zwei bis drei Wochen wird der Minister an das Bett gefesselt sein.

Hindenburg wünscht baldige Genesung

Berlin, 15. Mai. Der Reichspräsident hat sich durch Staatssekretär Dr. Meißner wiederholt nach dem Befinden des Reichsaussenministers des Neuhern erkundigt und ihm seine besten Wünsche für eine baldige Wiederherstellung übermitteln lassen.

Staatssekretär v. Schubert wird während der Krankheit Dr. Stresemanns die Geschäfte des Außenministeriums vertretungsweise übernehmen.

Auch im Auslande hat die Erkrankung Dr. Stresemanns große Teilnahme erregt. So wird aus Paris gemeldet, daß die Abendblätter die Hoffnung aussprechen, daß Dr. Stresemann bald wieder genesen möge. Wie aus London gemeldet wird, hat sich Chamberlain beim deutschen Botschafter nach dem Befinden Dr. Stresemanns erkundigt und den herzlichsten Wunsch zur Besserung ausgedrückt. Das Befinden Dr. Stresemanns wird in der englischen Presse laufend verfolgt. Alle Blätter veröffentlichen die Meldungen der Berliner Ärzte. Ein Abendblatt drückt die Ueberzeugung aus, daß die Krankheit Dr. Stresemanns seine Wahl nicht beeinträchtigen werde. Sein Verbleiben im Amte des Außenministers sei sicher.



GUT SITZENDE KLEIDUNG

Ist die beste Empfehlungskarte für jeden fortschrittlich denkenden Menschen. Machen Sie sich diese Erfahrung erfolgreicher Herren zunutze: Bestehen Sie darauf, auch in dieser Saison nur unsere in Schönheit und Qualität anerkannt erstklassige und überzeugend preiswerte Fertigung zu tragen, denn nur ein gut sitzender Anzug und ein gut sitzender Mantel gibt Ihnen das Recht, auf Ihre Kleidung stolz zu sein!

Herren-Anzüge

In modernen Farben u. neuen Formen Mk. 105.-110.-115.-120.-125.-130.- und höher

Herren-Sport-Anzüge

In den verschiedenst. Ausführungen Mk. 68.-75.-82.-88.-95.-100.- und höher

Herren-Frühjahrs-Mäntel

In den verschiedensten Mächarten Mk. 88.-92.-98.-105.-110.-120.- und höher

Jünglings- und Knabenkleidung entsprechend billiger.

Settlage

Köln, Schildergasse 38-42

Unsere infolge der großen Osterverkäufe stark gelichteten Lager wurden durch riesige Neueingänge wieder vollkommen aufgefüllt, sodaß unsere überragende Auswahl nach wie vor unbestritten ist.

Brühl und Umgebung

Brühl, 16. Mai 1928.

Aus der Zentrumsparlei

Der letzte Schlussspruch des Brühler Zentrums ist heute abend 8 Uhr im Josephshaus. Dafür sind zwei der besten Zentrumsredner gewonnen worden. Die Herren Zoos und Schaeven sprechen zu den Zentrumsfreunden noch einmal über die wirklichen Verhältnisse in Deutschland und Preußen auf den verschiedenen Gebieten. Versäume darum niemand die Gelegenheit, sich durch das gesprochene Wort restlos Klarheit und Wahrheit zu verschaffen.

Kierberg: Die Zentrumsparlei hält am Christi Himmelfahrtstage, vormittags 10 Uhr, im Lokale von Vichtenberg in Seibbe eine öffentliche Wahlversammlung ab. Herr Redakteur Dr. Klein, Köln, spricht über die Bedeutung und die Arbeiten der Zentrumsparlei in den Parlamenten usw. Näheres siehe Anzeige in geistiger Ausgabe d. Ztg.

Die Gemeindefasse Brühl-Land mahnt zur Zahlung der am 15. Mai fälligen Steuern. Haussteuer, Haat. Steuer vom Grundvermögen, Gemeindefassungs- und auch die Grundsteuer sind spätestens bis zum 22. Mai zu bezahlen. Bei Nichtzahlung bis zu diesem Tage tritt die Zwangsvollstreckung in Kraft.

Wetterausichten für Donnerstag. Veränderliche Bewölkung, strichweise Regenfälle, vorübergehend auch aufgeweicht, keine wesentliche Temperaturveränderung.

Papierkörbe sind nun auch an anderen Stellen der Stadt an den elektrischen Leitungs-masten angebracht worden. Aber man sieht täglich, daß nicht nur die Kinder, sondern sogar Erwachsene erst nachdrücklich belehrt werden müssen, wofür die Papierkörbe denn da sind. Man hat doch biersach noch wenig Ordnung- und Schönheitsinn.

Gottesdienstordnung

Katholische Pfarrkirche Brühl.

Donnerstag, den 17. Mai 1928.

Christi Himmelfahrt.

St. Messen: 6, 7, 8, 9 Uhr feierliches Hochamt, 10 1/2 Uhr Kindermesse, 11 1/2 Uhr. Nachmittags 2 1/2 Uhr Andacht der Schulkinder. 6 Uhr Maiandacht.

Klosterkirche.

St. Messe 8 1/4 Uhr (Gymnasium).

Katholische Pfarrkirche Pingsdorf.

Donnerstag, den 17. Mai (Christi Himmelfahrt) 6.30 Uhr Frühmesse. 9.30 Uhr Hochamt. Nachmittags 2.30 Uhr Maiandacht.

Katholische Pfarrkirche Badorf.

Donnerstag, Fest Christi Himmelfahrt, den 17. Mai 1928. St. Messen 6 Uhr, 8 Uhr mit der Feier der Erstkommunion, 10 Uhr. Nachmittags um 3 Uhr ist Dankgottesandacht.

Vereinskalender

Kath. Gellenverein: Donnerstag (Christi Himmelfahrt) mittags 1 Uhr Abfahrt mit Sonntagstaxi ab Brühl-Witte zum Bezirksfest in Köln-Poll. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Westdeutschland.

Köln: (Wechselkreuzen.) Ein hiesiger Möbelhändler Eijf Silbermann verkaufte auf Kredit Möbel, ließ sich jedoch für den Kaufvertrag Wechsel ausstellen, die er sofort zum Diskont weitergab, bevor er die Möbel lieferte. Da er jedoch einen erheblichen Teil der gekauften Möbelstücke zurückhielt, mußten die Wechsel-akzeptanten für mehr als 100 000 Mark solcher Wechsel eintreffen. Die Folge war, daß einige Dugend Anzeigen gegen Silbermann wegen Betruges bei der Kriminalpolizei ein- liefen, die ihrerseits die Verhaftung des Bet- trügers gerade in dem Moment vornahm, als dieser sich auf dem Postamt einen Auslands- paß ausstellen ließ, um mit dessen Hilfe zu verschwinden. Silbermann wurde jedoch aus unbekannten Gründen aus der Haft entlassen. Er benutzte die Gelegenheit, um die bei ihm gerichtliche beschlagnahmten Möbel usw. fort- zuführen und mit seiner Familie in einem Auto zu entfliehen. Inzwischen hat sich die Anzahl der gegen ihn erstatteten Anzeigen be- deutend erhöht. Er wird fleißig verfolgt.

Bergarbeiterentlassungen.

Düsseldorf, 15. Mai. Im Ruhrkohlenberg- bau hat heute die Entlassung von rund 1000 Bergarbeitern stattgefunden, die sich auf etwa fünfzehn Bezüge verteilten. Weitere Arbeiter- entlassungen stehen zum Schluß des Monats bevor. Bei mehreren Gruben mußten Feier- schichten eingelegt werden. Die Maßnahmen sind zurückzuführen einmal auf die Auswir- kungen des letzten Schiedsspruches auf die Ab- sachverhältnisse für Ruhrkohle, zum anderen auf die Verschlechterung der Lage durch den Streik in der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Bergbauverwaltung.

Lüdenscheid: (Geistesgegenwart trotz schwerer Verletzung.) In einer Färberei explo- dierte ein großer Reinigungsstempel, in dessen

Nähe ein Arbeiter beschäftigt war, der schwere Brandwunden erlitt. Trotz der Verletzungen befaß der Arbeiter noch die Geistesgegenwart, das ausbrechende Feuer zu löschen und so die in einer anderen Abteilung beschäftigten Arbeiter zu retten.

Märkte

Kölner Hauptmarkt vom 15. Mai 1928.

Der Hauptmarkt war gut besucht, die Nach- frage rege, der Verkauf floß bei teils anziehen- den Preisen. Es kosteten im Großhandel: Spi- nat 7 bis 9, Rhabarber 8 bis 9, Butterföhl 5 bis 8 Pfennig das Pfund, Rübries 3 bis 4, Mangold 4 bis 6, junge Zwiebeln 25 bis 30, Radieschen 3 bis 4, Maifrüchte 4 bis 5, Schnittlauch 3 bis 4 Pfennig das Gebund, junger Wirjing 25 bis 30, Salat 8 bis 13 Pfg. das Stüd. Kartoffeln, Industrie 5 bis 5,70 Markt der Zentner, das Angebot in Spargel war gering. Man zahlte für hiesige oder Mainzer Ware 95 bis 100 Pfennig, zweite Sorte 50 bis 60 Pfennig das Pfund. Fran- zösischer und belgischer Spargel war etwas billiger. An Auslandswaren kosteten: Toma- ten 90 bis 120, Schneidebohnen 70 bis 80, Bohnen 90 bis 100, Zwiebeln 8 bis 11, Erbsen 30 bis 40, Dinde Bohnen 15 bis 20, Weikföhl 12 bis 15, Rottföhl 40, neue Kar- toffeln 28 bis 30, Wirjing 20 Pfennig das Pfund, Salat 23 bis 27, Gurken 40 bis 65, Blumentohl 75 bis 100 Pfennig das Stüd, französische Erdbeeren 100 bis 120, holländi- sche 200 bis 250, Kirchen 80 bis 100 Pfennig das Pfund. Butter kostete bis 1.90 Mark das Pfund, Eier 8,5 bis 13 Pfennig das Stüd.

Verantwortlich: Peter Becher, Brühl. Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“ Buchdruckerei P. Becher GmbH, Brühl.

Jetzt



SCHILDERGASSE ECKE HERZOGSTRASSE

auch Herrenkleidung!

Statt besonderer Anzeige!



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse ge- fallen, Sonntagmorgen 17. Mai, meinen innigstgeliebten Gatten, unseren guten Bruder, Schwager und Onkel, den wohlachtbaren Herrn

Martin Popiolek

nach kurzer Krankheit, infolge eines Anginalschlages, wohl vorbereitet durch den andächtigen Empfang der hl. Ster- beakramente der röm.-kath. Kirche im Alter von 43 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein an- dächtiges Gebet für den lieben Ver- storbenen bittet:

Frau Maria Popiolek
geb. Schwingeler
und die
übrigen Anverwandten.

Brühl, Elguth, Prossau (Ober- schle- sen), Neuenahr, den 16. Mai 1928.

Die feierlichen Exequien werden am Freitag, morgens 8 1/2 Uhr in der Pfarrkirche zu Brühl gehalten. Die Beerdigung findet anschließend vom Trauerhause Kölnstraße 26 aus statt.

Danksagung.

Für die Beweise der innigsten Teil- nahme beim Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, sagen wir allen, besonders dem kath. Mütter- verein für die Spende und der lieben Nachbarschaft unsern

herzlichen Dank.
Familie Tschauner.

Unseren drei Jungen wurde am Montag morgen ein kleines

Schwesterchen

geschenkt.

Jos. Hans und Frau
Traudchen geb. Daßbach

Groß-Feuerversicherungs-Gesellschaft mit Neben-branchen sucht für

Brühl und Umgebung
pührigen gewissenhaften Vertreter
gegen gute Bezüge.

Andeh. u. B. B. 926 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Elegante

Damenhüte

enorm billige Preise!

3.50 4.50 6.50 9.50

Kinderhüte

1.90 2.90 3.90 4.90

Umprezhüte nach neuen Modellen innerhalb 8 Tagen!

Trauerhüte 5.50 7.50 9.50

Man beachte gefl. die 6 Schaufenster!

Fedor Samuel

Köln, Glockengasse 1
Ecke Herzogstrasse

Fahnen

in jeder Größe und Farbe stets vorrätig. Bei An- fertigung schnellste Lieferung bei billigen Preisen. Zubehörteile stets vorrätig.

Brühler Pfeilenhaus Wilh. Görres,
vorm. Ed. Litterscheidt, Uhlnstr. 51.

Statt Karten.

Die glückliche Geburt
zweier kräftiger Stammhalter
zeigen hocherfreut an
Lehrer Georg John
und Frau
Grete geb. Gossen.

Brühl, den 15. Mai 1928

Aufgepasst!

beim Einkauf von Fahrrädern und Zubehör.
Meine Preise bieten Ihnen

gewaltige Vorteile!

Gute Tourendecke	3.50	2.50
Extra prima	5.50	4.50
Gebirgsdecke	7.—	6.—
Schläuche, geprüft	2.—	1.45
Flügelpedale	1.45	1.10
mit Gummi	1.75	
Kompl. Hinterrad mit Frt. Rücktritt	11.50	
Kompl. Vorderrad	3.50	
Kettenschützer 1.95	1.25	—95
Felgen, schwarz	—95	
Garn. Schutzbleche	schw. —95	
Lenker engl. Ia. vern.	3.50	3.10

Fahrradrahmen mit Garantie von Mk. 26.50 an
Erstklassige Tourenräder von Mk. 75.— an
Mein Schlag: Halbrechner, bunt Mk. 110.—
Beste Bezugsquelle für Radfahrvereine.

Fahrrad- u. Sprengapparate-Vertrieb

Burgstr. 5 W. Rosbach Brühl Burgstr. 5



Kassen- Rabatt bis
20%

Küchen jetzt 200, 270 Mk.
Schlafzimmer jetzt 332, 482 Mk. in allen Holz- u. Eichenarten.

Speisezimmer
feinere Gelegenheitsst. Kleiderchränke 45 Mk. Betten 19 Mk.

50 Sofas und Chaiselongs, selten schöne Muster.

Bettelagen 4 Teile 24 Mk. Stahlmatrassen in allen Größen.

Steppdecken
selten schöne Muster. Lieferung mit eigenem Auto kostenlos nach jedem Ort.

Teillzahlung gestattet.
Möbel Henseler

Köln, Zulpicher Str. 40
am Augustaplatz
Nähe Barbaraplatz.

30

Jahre

Möbel

Fritzheim

Hauptgeschäft:
Köln, Weidenbach 6

Filiale:
Köln, Sallarring 11.

Eigene Möbel- und Polsterwerkstätten. Vel. gute Qualitäten. Billige Preise.

Auf Wunsch Zahlungsvereichter.

!! Sommerproben !!
verschwinden sofort auf
loisliche Weise! Dieses
einfache Mittel will ich
Ihnen ganz kostenlos
mitteilen.

Frau M. 30 1 o n i.
Dammweg 6, 37, Gen-
straße 30 A.

Gebr. Müller-Stiefel

frisch geölt und neue
Abzüge, jedes Paar 1.20
Markt bis 1.50 Markt für
Gruben- und Erdarbeiter

Bähr, Wallstr. 28

Private Auto-Fahrschule

sucht noch Schüler und
Schülerinnen.
Gründliche
Ausbildung bei billigen
Preisen.

Groß-Garage
H. Mörriger,
Brühl, Kölnstraße 71.

Verein heimattreuer Oberschlesier

Zur Beerdigung
unseres Mitgliebes
Herrn

Mart. Popiolek
am Freitag, den 18.
Mai, morgens 9 Uhr
laden wir unsere
Mitgliebskammergenossen
Exequien 8 1/2 Uhr.

Beerdigung vom
Trauerhause Köln-
straße 26 aus.

Der Vorstand.

Einfamilien-Haus

zu kaufen gesucht
Brühl oder Umgegend.
5000.— Mk. Anzahlung
Angebote u. B. D. 2931
an die Geschäftsstelle.

Fräulein, jung.
Mädchen für alle Haus-
arbeiten bei gutem
Lohn sofort gesucht.
Frau Gellenbroich, Köln,
Amnstr. 28.

Sohl-Dampfenel
gebraucht, gut erhalten.
Stück 3 Pfg. abgegeben.
Badorf, Badorfstr. 31.

Gebrauchter
Kinderklappwagen
billig zu verkaufen.
Kölnstraße 21.

**Inserieren
bringt Gewinn.**

1 Kastenwagen bei
Markt 100 Mk. 600 Mk.
zu verk. Wo f. Besch. 492

emann?
Erkrankung
d von den
teilung er-

ministers Dr.
eränderung
d Darmen-
ndessen hält
an. Abend-
Charakter
e noch als

Sanitäts-
n.
die Ärzte
den Reichs-
artigen Au-
sch hat Dr.
eine Krise
n als über-
anlung des
mal beide
genannt sind.
dung sind
scheinungen
Erbrechen
ommt, daß
upern wie-
schsten zwei-
ter an das

Benehung
hspräsident
r. Meißner
des Reichs-
und ihm
bige Wie-

d während
ie Geschäfte
weise über-

Erkrankung
yme erregt.
die Abend-
daß Dr.
möge. Wie
sich Cham-
r nach dem
ndigt und
ung ausge-
manns wird
d verfolgt.
Meldungen
blatt drückt
Krankheit
nicht beein-
im Unte

E
G

55.-
95.-
und
über

32.-
und
höher

32.-
und
höher

55.-
95.-
und
über

32.-
und
höher

**Worm und Sevil,
Zentrum wolle nicht anerkennen!**

Wir müssen den Willen zur Volksgemeinschaft haben, wenn wir den nicht haben, dann ist auch das Wort national nur eine Slogan auf unseren Lippen, denn national kann der sein, der das ganze Volk umfassen will, und wir müssen uns wehren gegen die Auffassung, als ob es entweder niemals möglich sei, eine Sozialdemokratie in die nationale Gemeinschaft hineinzuziehen, oder niemals möglich sein werde, die deutschnationale Partei hineinzuziehen. Wir müssen den Glauben haben nach beiden Seiten, wir müssen ihn aber auch betonen nach beiden Seiten. Und wir sagen: kein Volksteil, ob er Junker oder Sozialdemokrat oder Arbeiter heißt, soll draußen bleiben, so wie die Kirche keinen Menschen preisgibt und ihm folgt bis zum Grabe, so geben wir auch politisch keinen Menschen und keine Volksgruppe preis.

Joos, Dritter Reichsparteitag, Oktober 1924.

**Zentrumschwärmerinnen
und Wähler**

Zur Kasse bitte!

Ein erfolgreicher Wahlkampf erfordert Geld. Wer als Katholik aus wichtigen Gründen dem Zentrum Erfolg wünscht, der gebe ihm Geld! Viel oder wenig, wie er, wie sie kann. Alles verdient Dank. — Wer aus sonst guten Gründen, deren es viele gibt, dem Zentrum Erfolg wünscht, der tue das selbe. Es ist furchtbar einfach!

Jeder kann einzahlen: auf Sparbänken, Konto 298 oder an Frau Dr. Funken, Bonnstr. 6, E. S. Mey, Mollestr. 8, Peter Schmitter, Admstr. 15.

**Wer soll
eingeschriebenes Mitglied werden?**

Eingeschriebenes Mitglied der Brühler Zentrumspartei soll jeder werden, der sich zu den Grundsätzen der Deutschen Zentrumspartei bekennt und der trotz des geheimen Wahlrechts den Mut hat, durch Eintragung in unsere Mitgliederliste ein Bekenntnis für seine Zugehörigkeit zum Zentrum abzugeben — Anmeldungen durch die Post, Vertrauensleute oder obige Adressen.

— Bitte ausfüllen und einsenden! —

An die Zentrumspartei Brühl
Beitrittserklärung.

Ich erkläre mich hiermit bereit, der „Brühler Zentrumspartei“

als „eingeschriebenes Mitglied“ beizutreten und verpflichte mich, den von der Partei festgesetzten Beitrag von Mk. 2.— zu zahlen.

Vor- und Zuname:

Stand:

Wohnung:

Geburtsdatum:

. den 1928

Jeder soll

überlegen: wie kann die Zentrumspartei einen guten Wahlkampf schlagen, wenn es ihr an ganz Gekretzen und an Geld fehlt? Weibes wird ihr, wenn jeder, der in den Listen noch fehlt, erkennt: ich muß eingeschriebenes

Mitglied werden?

**Wozu soll man seinen Namen
auf die Liste setzen, wenn man
nicht im Zentrum seinen Platz
findet?**

Die sittliche Erziehung der Jugend

Ein neuer schwerer Konflikt zwischen dem Papst und dem neuen Italien ist ausgebrochen und hat die Gemüter in Erregung und die Feder in Bewegung gesetzt. Diesmal ist ein wunder Punkt unserer vielgerühmten modernen „Zivilisation“ ganz allgemein berührt worden, und Mussolini erhält Verteidiger ringsherum nicht nur in Italien, sondern aus all den zahllosen Kreisen in allen Ländern, deren Hauptinteresse, ja geradezu Lebensinhalt der Sport und die Athletik zu sein scheinen.

Aber auch der Papst findet nicht nur Verständnis und lebhafteste Zustimmung bei seinem Kreise, den Gläubigen der katholischen Kirche, sondern weit darüber hinaus bei allen ernstlichen Menschen. So ist diesmal eine Bewegung entstanden, die über Italien weit hinaus greift, wenn sie auch hier naturgemäß ihre eifrigsten Wellen schlägt. Ob Mussolini den Anlaß benutzen wird, um erneut gegen den Vatikan und die Reste der katholischen Jugendarbeit in Italien vorzugehen, muß sich noch zeigen. Unmöglich ist es nicht.

Umso dringender erscheint jetzt wieder die Notwendigkeit vorzuliegen, daß endlich einmal eine amtliche kirchliche Ausweisung klare Grenzen zu dem hinüberzieht, was als Domäne des Staates zu betrachten ist. Ganz zu Unrecht fühlt der faschistische Staat sich durch den Schritt des Papstes gegen die öffentliche Schaustellung des Jungmädchenkörpers, denn nichts anderes war der großangelegte Wettkampf, in seinen Rechten verletzt. Mussolini hat für sich laut Dekret vom 9. April das Recht auf die physische moralische und geistige Erziehung der gesamten italienischen Jugend beansprucht. Aus dem Recht auf die physische Erziehung leitet man staatlicherseits natürlich die Berechtigung auch zu dieser Art des Frauenturnens her.

Aber der Papst hat schon einmal darauf aufmerksam gemacht, daß moralische und geistige Erziehung im katholischen Italien nur die katholische sein kann. Und sie kann nicht in Widerspruch mit den Weisungen des Vatikans und unter Ausschaltung der kirchlichen Führung geleistet werden. Die physische Erziehung aber darf nicht mit der moralischen in einem so schreienden Gegensatz stehen, wie es vielfach beim athletischen Mädchenturnen der Fall ist. Darum hat der Papst gesprochen. Am 2. Mai hat er als „Bischof von Rom und Nachfolger Petri, als Bischof der Bischöfe“, in einem Brief an seinen Vertreter in der Stadt Rom, den Kardinal Pompili, den „1. Wettkampf für athletische Jungmädchenschaft“, der in Rom vom 4. bis 6. Mai gehalten wurde, ausdrücklich verurteilt.

Der Papst ist empört darüber, daß diese Wettspiele, zu denen 3000 junge Mädchen nach Rom kommen, obendrein im Marienmonat abgehalten werden. Er beklagt, daß

im 20. Jahrhundert des Christentums in der heiligen Stadt der Kirche die Frau schwächer, würdeloser dastehet, als in der heidnischen Zeit. Damals habe es um die Frauenreinheit in Rom sogar besser gestanden, als in Griechenland. Der Heilige Vater ruft alle Eltern, Lehrer und Erzieher auf, sich nicht von falschen Motiven, die aller guten und gesunden Pädagogik fremd seien, irreleiten zu lassen. Sie sollten vielmehr dazu beitragen, daß man wieder Geschmack finde an der übernatürlichen Schönheit, der Seele der christlichen Seelen.

Wenn der Papst jetzt zu dieser Veranstaltung schweigen würde, würden die Gläubigen der ganzen Welt es entweder als Schwäche oder als einen Wandel in den Auffassungen des Papstes deuten. Der Papst habe darum die Pflicht, seine Stimme zu erheben. Der Papst weist besonders darauf hin, daß die weibliche Erziehung in ganz besonderem Grade eine christliche Erziehung sein müsse. Gymnastik sei gut und notwendig, aber sie müsse dem höheren Zweck, den Leib als Gefäß der Seele zu formen, dienen. Auch Zeit und Ort solcher körperlichen Ausbildungen seien mit Bedacht zu wählen, wie alle äußeren Umstände. Die Hand der Frau soll sich vornehmlich erheben zum Gebet und zum Almosen.

Indem der Papst noch einmal auf diese Grundsätze hinweist, verurteilt er dem Kardinal Pompili gegenüber noch einmal diese Entwürdigung der Frau, in der er ein Spiegelbild der Not der Zeit erblickt.

Niemand kann den Papst, gerade diesen Papst Pius XI., der Engbergigkeit und Rückständigkeit zeihen. Pius XI. ist als Sportsmann aus der Zeit vor seinem Pontifikat bekannt. Er war ein hervorragender Alpinist, und noch heute nimmt er lebhaften Anteil an allem Sportlichen. Bekannt ist, daß er in den vatikanischen Gärten öfter sein eigenes Auto steuert. Er selber betont in dem vorliegenden Brief auch die Bedeutung eines gesunden und anmutigen Mädchenturnens. Verworfen wird das Zurückschlagen des Mädchenkörpers, das zur Lasterhaftigkeit reißt, und das den jungen Mädchen selber sittlich und seelisch am meisten schadet, wie es ihnen körperlich nicht einmal dient.

Was man ringsherum ein noch so großes Geschrei über katholische Präterie anstimmen: Die Katholiken und alle sittlich Gesunden empfinden den ganzen Welt werden dem Papst Dank wissen für ein rechtes Wort im rechten Augenblick. Noch sind weite Kreise der Jungmädchenwelt schamhaft und gesund genug, um sich gegen diese Dinge zu sträuben, aber wenn jetzt nicht gesprochen wurde, bestand die Gefahr, daß immer weitere ihre wurden an diesem ihrem gesunden Instinkt.

Wähler und Wählerinnen!!!

Ihr seid es, die Sinn und Richtung der deutschen Politik für die kommenden Jahre bestimmen!

Ihr seid es, die entschließen sollen, wie die Weltwirtschaftspolitik sich gestaltet!

Ihr seid es, die auf die sozialpolitischen Aufgaben Einfluß haben!

Ihr seid es, von denen die Erhaltung der religiösen Lebenswerte abhängt!

Ihr seid es, denen alle Staatsgewalt überantwortet ist!

Entzieht euch nicht dieser Verantwortung!

Wählt!

Wählt die Partei, die sich dieser Verantwortung stets bewußt war:

Zentrum! Nr. 3 des Stimmzettels

Eine Enzyklika des Papstes

Sühne und Wiedergutmachung.
Rom, 14. Mai Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine Enzyklika des Papstes, die im Gegensatz zu der vielfach geäußerten Annahme weder die Beziehungen zwischen Staat und Kirche, noch den Nationalismus, sondern ein religiöses Thema behandelt. Sie handelt von der Sühne und Wiedergutmachung, die alle gläubigen Katholiken dem Herrn Jesus schulden. Die Mahnung des Papstes zu dieser Pflicht bedeutet eine Fortsetzung des Gedan-

kens, der den Papst im vorigen Jahre zur Schaffung eines besonderen Festes zu Ehren des Königs Christus bestimmt hat.
Im Verhältnis der Katholiken zum Hl. Herrn Jesu hat laut der Enzyklika die Sühne immer den Vorrang gehabt. Sie sei aber heutzutage besonders notwendig im Hinblick auf den Verfall der Sitten auch innerhalb des Christentums. Daher wendet sich die Enzyklika mit scharfen Worten gegen die Schuldigen und schreibt schließlich eine besondere Formel der Sühne vor, die jedes Jahr zum Fest des Hl. Herzens in feierlicher Weise verkündet werden soll.

**Waffen tragen muß man auch jetzt,
Zentrumswahl ist Pflicht!**

Das Zentrum bejaht mit innerer Teilnahme den Aufbau des neuen Deutschland, für das es sich in der ganzen Zeit seit dem Zusammenbruch ohne Unterlaß mit ganzer Kraft eingesetzt hat wie keine andere Partei. In schwerster nationaler Bedrängnis und in schwerem materiellem Zerfall hat sich die in Weimar geschaffene neue Staatsform bewährt. Es ist Aufgabe des Volkes, dieser Form festen Inhalt zu geben.

Marg, Vierter Reichsparteitag 1925

Zentrum und Landwirtschaft

Aus jahrzehntelanger Tradition heraus stand und steht die Zentrumspartei zum deutschen Bauernmann.

Das Zentrum setzt sich daher für die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung ein und hat im Reichstag, um nur einiges hervorzuheben, Anträge gestellt:

- für ausreichende Schutzzölle;
 - für Verbesserung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte;
 - für die Förderung der Milchherzeugung, des Gemüsebaues, der Pferdezucht, und für Seidenzüchtung;
 - für die Rettung des Weinbaues vor dem Untergang;
 - für Verbilligung der künstlichen Düngemittel und der Eisenbahnfrachttarife bei Beförderung landwirtschaftlicher Produkte;
 - für Zinsverbilligung bei landwirtschaftlichen Krediten.
- Durch Annahme des Notprogramms ist das Zentrum eingetreten für die Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch; für Herabsetzung des Gefrierfleischkontingents; für Krediterleichterung; für Förderung der Geflügelzucht und des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse;

Das Zentrum hat sich für die steuerliche Entlastung der Landwirtschaft eingesetzt.

Durch Landes- und Reichsgesetzgebung ist eine Steuerentlastung erreicht worden, durch letztere allein um jährlich 3 Milliarden Reichsmark, die in weitem Umfang auch der Landwirtschaft zugute kommt.

Die Einkommensteuer ist gesenkt.

Die Vermögenssteuer ist gesenkt. Am 8. März 1924 wurde die Berechtigung der Wehrbeitragswerte erreicht. Das Reichsvertragsgesetz hat diese Steuerentlastung weitergeführt. Sie beträgt mehr als die Hälfte der früheren Steuer.

Der Rentenbankzins ist gesenkt, aus denselben Gründen wie die Vermögenssteuer.

Die Umsatzsteuer ist von 2 1/2 Prozent auf 3/4 Prozent gesenkt; der Eigenverbrauch ist steuerfrei.

Um weitere Steuerentlastungen möglich zu machen, setzt sich das Zentrum für eine rückwärtslose Sparpolitik in Reich, Ländern und Gemeinden ein.

Das sind Taten!

Diese Steuerentlastungen sind sämtlich unter Mitwirkung, vielfach auf Anregung des Zentrums zustande gekommen.

Darum sind die Landwirte um so mehr verpflichtet, dem Zentrum die Treue zu wahren.

Mittelstand und Staat

Zur Zeit des Obrigkeitsstaates hat man von staatsrechtlichen und revolutionären Parteien gesprochen. Man hat besonders den Mittelstand auf Seiten der staatsrechtlichen Parteien gebucht; man sprach von seinen konservativen Instinkten und forderte seinen Schutz und seine Förderung im Interesse des Staates. So kam es, daß sich der Mittelstand zu jenen politischen Parteien hielt, von denen er annahm, daß sie „etwas für ihn täten.“

Im Volksstaat, für den das Volk selbst nicht die Obrigkeit, die Lebensbedingungen schaffen soll, spricht man weniger von staatsrechtlichen als von staatsbejahenden Parteien. Damit will man zum Ausdruck bringen, daß wir nicht nur die Aufgabe haben, Mtes, geschäftlich Gewordenes zu konservieren, zu erhalten, sondern daß wir in uns selbst die sittliche Kraft aufbringen müssen, zum Staat

Willst du einen Volksstaat?
Zentrum ist dann die Partei!

Wahltag

bedeutet

Schicksalstag

und seiner Ordnung rückhaltlos ja zu sagen. Was bedeutet das? Das besagt: Zum Volksstaat können nur diejenigen als Mitträger der staatlichen Macht nach innen und außen und als Mitgaranten für Recht und Ordnung gehören, die den Staat nicht vom Nützlichkeitsstandpunkt werten, sondern ihn anerkennen als die sittliche Macht, die vom Volk mit Vollmachten ausgestattet ist und über dem Widerstreit der Interessengruppen steht.

Warum soll gerade der Mittelstand sich zu dieser hohen, sittlichen Einschätzung des Staates durchdringen? Deshalb, weil, wie sein Name schon ausdrückt und wie es seiner Natur gemäß ist, er im Ganzen steht. Ferner deshalb, weil seine Existenz auf den persönlichen, sittlichen Werten der Berufsangehörigen beruht. Aus diesen Gründen darf er sich einmal nicht außerhalb des Ganzen stellen und sagen: Mich geht das Ganze nichts an. Denn er lebt im Ganzen und hat es mit zu erhalten und zu fördern, wenn er sich nicht selbst aufgeben will. Zum Zweiten darf er sich nicht an seiner Natur versündigen, indem er nach Art des Klassenkämpfers ohne Rücksicht auf den Familiencharakter seines Volkes nur sein eigenes Interesse, ohne Rücksicht auf das der andern, im Auge hat und dieses hemmungslos vertritt. Denn dann verzichtet er selbst auf seine Sendung, die darin besteht, bei der Klassenkämpferischen Einstellung weiter Volkstreue den Gedanken des Standes, das heißt des Ausgleiches und der Verständigung zu pflegen. Verzichtet er auf diese seine Sendung, dann gibt er auch die Möglichkeit auf, die überlieferten schöpferischen und persönlichen Kräfte seiner Standesangehörigen zu pflegen und sie in den Dienst des Ganzen zu stellen; damit entzöge er sich selbst seine sittliche und wirtschaftliche Existenzberechtigung. Kein Kulturvolk wird seinen werkschaffenden und ausgleichenden Mittelstand missen wollen. Auch das deutsche Volk nicht, es sei denn, daß der Mittelstand sich selbst untreu wird und sich damit aus dem Ganzen ausschaltet.

Bei den kommenden Wahlen hat der Mittelstand Gelegenheit und hat er die Pflicht, seine Stellung zu festigen und seine Bedeutung für den Volksstaat allen Volksgenossen zum Bewußtsein zu bringen. Er kann es, wenn er der Stimme der Vernunft folgt und die Parteien stärkt, die keine Interessenpolitik, sondern echte Staatspolitik treiben und damit auch am sichersten die Lebensfragen der einzelnen Stände vertreten, nicht zuletzt die des Mittelstandes. Nicht zerpluttern, sondern vereinen, heißt deshalb die Parole des Mittelstandes am 20. Mai, weil ja vor allem auch die Mittelständler keinen schwachen, sondern einen starken Staat wollen, der sich verpflichtet fühlt, sich gleichmäßig aller seiner Glieder als der Träger des Gemeinwohls anzunehmen.

Die Denkschrift der Reichsbahn

Die Denkschrift der Reichsbahngesellschaft über ihre Pläne hinsichtlich der Einführung des Zweifelsystems und der Tarifherabsetzung ist nunmehr erschienen. Die beistehende im wesentlichen die Mitteilungen, die darüber bereits mehrfach in der Presse veröffentlicht wurden. Als Einzelheiten ist hervorzuheben, daß die Zuschläge im Schnellzugverkehr noch mehr gestaffelt werden sollen wie bisher, d. h., daß noch mehrere Entfernungszonen geschaffen werden sollen. Dadurch wird die Preisverminderung, die für die Polsterklasse an sich vorgesehen ist, wieder so gut wie aufgehoben. Die beschleunigten Personenzüge fallen als besondere Zugklasse weg, was aber nicht bedeutet, daß in Zukunft diese Züge nicht mehr gefahren werden. Für die Luxus- und Schlafwagenzüge wird eine besondere Klasse beibehalten, die wirtschaftlich im wesentlichen der bisherigen ersten Klasse entspricht. An den Preisen der Zeitkarten für den Arbeiterverkehr soll nichts geändert werden, sie würden vielmehr auf der jetzigen Preishöhe der vierten Klasse beibehalten. Nach den Vorschlägen der Reichsbahngesellschaft werden sich die Preise für

die Holzklasse von 3,3 auf 3,7 Pfennig erhöhen und die der Polsterklasse auf rund 5,8 Pfennig pro Kilometer stellen, während sie für die Luxus- und Schlafwagenklasse rund 9,3 Pfennig betragen werden. Für den Schnellzugverkehr tritt eine Verdoppelung der Zuschläge ein, jedoch nicht für die Zuschläge der Luxus- und Schlafwagenklasse, um eine Abwanderung in die Durchschnittspolsterklasse zu verhindern. Ferner sollen auch die Eilzüge mit einem Zuschlag belegt werden, doch will man hierbei durch Schaffung einer Nahzone von 1 bis 35 Kilometer auf den Nahverkehr Rücksicht nehmen.

Der Zuschlag für die Eilzüge wird sich in der Holzklasse bis auf 2,50 Mark für Entfernungen über 300 Kilometer und in der Polsterklasse auf 5 Mark stellen. Die Schnellzugzuschläge betragen in der Holzklasse bei Entfernungen von über 300 Kilometer 5 Mark und in der Polsterklasse 10 Mark. Die Denkschrift führt im übrigen aus, daß die Reichsbahn nur durch eine Erhöhung der Tarife in der angegebenen Form die dringend notwendigen Mehreinnahmen erzielen könne. Aus der Tarifherabsetzung etwa eine allgemeine Teuerungswelle herleiten zu wollen, wäre nach Auffassung der Reichsbahn nicht gerechtfertigt. Zu hoffen bleibe, daß der Mehraufwand an Fracht wenigstens vom Besteller und Händler getragen, und der Kurverbraucher von der Mehrbelastung weniger betroffen werde. Die Reichsbahnverwaltung sieht jedenfalls nur eine Möglich-

keit, ohne Tarif-erhöhung auszukommen, wenn nämlich durch Übernahme politischer Lasten auf andere Stellen eine finanzielle Erleichterung für die Reichsbahn eintreten könnte.

Praktisch stellt sich das Bild also so: daß die Holzklasse gegenüber der jetzigen vierten Klasse eine um 12 v. H. höhere, die Polsterklasse gegenüber der jetzigen zweiten Klasse eine um rund 23 v. H. niedrigere Tarifierung aufweisen würde. Durch die Neustaffelung des Schnellzugverkehrs jedoch wird dieser scheinbare Vorteil für die Polsterklasse, wie schon oben ausgeführt, im wesentlichen wieder beseitigt. Was die optimistische Auffassung der Reichsbahn betrifft, daß eine Abwägung auf die Verbraucher nicht eintreten werde, so weiß man aus Erfahrungen zur Genüge, wie dieser Beschwichtigungsver-such einzuschätzen sein dürfte. Mit recht gemischten Gefühlen wird die Wirtschaft wohl auch den Hinweis der Denkschrift aufnehmen, daß auch die ebenso hohe Mehrbelastung der Wirtschaft durch die Postgebühren-erhöhung des letzten Jahres keinen Verkehrs-rückgang und keine Konjunkturgefährdung zur Folge gehabt habe. Die Angaben über die Verkehrsgebarung der Reichsbahn sind jedenfalls stark prüfungsbedürftig, umso mehr, als die ersten drei Monate des laufenden Jahres nicht unerheblich höhere Erträge brachten, als die Reichsbahn in ihrer dem ganzen Rechnungswert zugrundegelegten Schätzung annimmt.

Deutsches Volk, willst Du

ein nach außen freies und geachtetes

Deutschland,

eine im Inneren gefestigte, auf Ruhe, Recht und Ordnung gebaute Republik

eine, die friedliche Zusammenarbeit aller Stände und Schichten sichernde

Volks-gemeinschaft,

eine aus dem Fundament christlicher Bruder- und Nächstenliebe schöpfende

erfolgreiche Sozialpolitik,

die Freiheit der Kirche,

die Freiheit der konfessionellen Schule,

die Hochachtung vor Ehe und Familie

dann

wähle am 20. Mai Zentrum - Liste 3

Christliche Arbeiter, wen wählt ihr?

Wir können nicht sozialdemokratisch wählen!

Die sozialdemokratische Partei ist die Partei, die im Hinblick der Nichtdurchführbarkeit ihres Programms stark der Phrase huldigt. Sie ist die Partei, die alles Christliche grundsätzlich bekämpft. Sie kann der Arbeiterklasse deshalb nicht zum Aufstieg verhelfen, weil sie die Grundgesetze zerstört, von der aus nur allein wahre Arbeiterwohlstand gedeihen kann. Wer der Arbeiterklasse wirklich helfen will, muß für die Erhaltung des Christlichen im Volksleben eintreten.

Die Sozialdemokratie ist Gegnerin des Christentums und bringt ihre Abneigung überall bei ihrer parlamentarischen Arbeit zum Ausdruck. (Siehe Kampf um das Reichsbudgetgesetz.)

Deshalb keine Stimme der Sozialdemokratie, sie ist kein wirklicher Freund der Arbeiterklasse.

Wir können erst recht nicht kommunistisch wählen!

Die kommunistische Partei reißt nur nieder, schafft Jammer und Elend, arbeitet dem Kapitalismus in die Hände. Wo sie auftritt, werden die Arbeiter geschwächt und geschädigt. Diese Partei ist zudem innerlich völlig zerrissen. Die eigenen Führer beschämen sich bis aufs Messer, sie beschimpfen sich als Lumpen und Verräter. Es gibt erzkommunistische, radikale Links- und Rechtskommunisten. Weg mit dieser Partei, sie ist der schlimmste Feind der Arbeiter.

Wir können auch die christlich-soziale Reichspartei nicht wählen!

Was will die christlich-soziale Partei nun eigentlich? Wenn sie richtige Sozialpolitik treiben will, kann sie nur Zentrumspolitik treiben. Mit ihr ist sie völlig überflüssig. Sie schädigt die Arbeiter, weil sie nur unfruchtbarer Zerplütterung dient. Darum weg mit jeder Eigenbrödelerei im eigenen Lager.

Durch geschlossenes Eintreten für die Zentrumspartei fördern die christlichen Arbeiter ihren Aufstieg. Von den anderen Parteien wollen wir gar nicht reden. Ein aufrechter christlicher Arbeiter kann nicht die liberale Volkspartei, die Partei des Kapitals wählen. Genaugenommen kommt für den Arbeiter die Klassenkampfpartei, die Deutsche Wirtschaftspartei, in Frage.

Die christlichen Arbeiter wählen am 20. Mai geschlossenen Front den Zentrumspartei, die Partei der sozialen Einstellung und der praktischen Christentat!

Wer wählt mit Wahlschein?

Was man zum 20. Mai wissen muß.

Wer sich am 20. Mai aus triftigen Gründen außerhalb seines Wahlbezirkes befindet, wer seit dem 6. Mai seine Wohnung in einen anderen Wahlbezirk verlegt hat, wer infolge körperlichen Leidens oder Gebrechens ein günstiger gelegenes Wahllokal aufsuchen will, der

erhält auf Antrag einen Wahlschein, mit dem er ohne weiteres in jedem beliebigen Wahlkreis, Wahlbezirk und Wahllokal wählen kann.

Im ersten der angeführten Fälle genügt allerdings nicht die bloße Behauptung, daß man abwesend sein werde. Vielmehr ist der Grund der Abwesenheit anzugeben. Als triftige Gründe sind anzusehen: Berufsausübung, Erledigung privater oder öffentlicher Angelegenheiten, Dienstreisen von Beamten, Geschäftsreisen, auch dringende Reisen zu Erholungszwecken, nicht aber Ausflüge und reine Vergnügungsreisen.

Wer wählt mit Wahlschein?

Erholungsbedürftige und Kurgäste, die sich in Bade- und Kurorten außerhalb Deutschlands befinden, begeben sich mit dem rechtzeitig vor der Abreise aus ihrem Wohnort gelösten Wahlschein nach dem nächstgelegenen deutschen Ort, um dort zu wählen. Wer die Lösung des Scheins unterlassen oder verfälscht hat, kann den Schein durch seine Angehörigen oder auch brieflich, unter Hinzufügung eines Personalausweises, beantragen.

Wahlscheine können noch am Tage vor der Wahl ausgestellt werden. In größeren Gemeinden kann die Annahme von Anträgen auf Ausstellung von Wahlscheinen jedoch bereits am zweitletzten Tage vor der Wahl geschlossen werden. Rechtzeitige Erledigung ist anzupfehlen.

Voraussetzung für die Ausfertigung eines Wahlscheines ist, daß der Antragsteller in die Wählerliste eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, hat nachzuweisen, daß er an der Einsicht in die Wählerliste während der Zeit ihrer öffentlichen Auslegung aus triftigen Gründen verhindert war.

Wo erhält man einen Wahlschein?

In kleinen Ortschaften beim Gemeindevorsteher, in den Städten in den Wahlbüros der Stadtverwaltung auf dem Rathaus.

Nimm einen Ausweis mit!

Wer einen Wahlschein haben will, ver-geße nicht, zu seiner Legitimierung einen genügenden Ausweis mitzunehmen, wie Paß, Geburtschein, Angestelltenver-sicherungs- oder Invalidenkarte.

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Berlin, 11. Mai. Die Besserung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Hälfte des April weitere Fortschritte gemacht. Wenn auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung nicht ganz so stark abgenommen hat wie in den vorhergehenden 14 Tagen, so sank sie doch von 844 800 am 15. April auf 729 300 am 30. April, also um rund 115 500 oder um 13,7 v. H. Dieser Rückgang entfällt mit 113 200 fast ausschließlich auf Männer, während sich die Zahl der unterstützten Frauen nur um 2300 (gleich 1,5 v. H.) verringerte.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung, die bisher nur langsam zurückgegangen ist, weist diesmal einen erheblich stärkeren Rückgang auf; sie sank in der Berichtszeit von rund 182 000 auf 162 000, oder um 11 v. H.

Die Zahl der Notstandsarbeiter ist in der zweiten Hälfte des April wiederum gestiegen, und zwar um 2,9 v. H. Sie betrug am 30. April rund 90 200; davon waren vorher in der Arbeitslosenversicherung 69 500 und in der Krisenunterstützung 20 700. Auf hundert Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung entfielen somit 9,5 auf 100 Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenunterstützung und 12,8 Notstandsarbeiter.

Lohn - Arbeit - Streit.

Einstweilige Verfügung gegen die streikenden Rheinischer.

Duisburg, 14. Mai. Der allgemeine Arbeitgeberverband für die Rheinisch-Westfälische Industrie hat gegen die streikenden Rheinischer eine einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Koblenz erwirkt. Die Verfügung droht Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder entsprechende Haft für Terrorakte in Salzgitter oder an anderen Orten des Arbeitsgerichtsbezirks Koblenz an, die sich gegen die im Dienst befindlichen Schiffbesatzungen richten. Die einzelnen Unterlassungen, die durch die einstweilige Verfügung erzwungen werden sollen, sind in dem Gerichtsbescheid besonders aufgeführt.

Einigung in der nordwestlichen Gruppe.

Düsseldorf, 14. Mai. Bei den heutigen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe und den Angestelltenorganisationen in der Eisenindustrie wurde eine Einigung bezüglich der Gehaltsregelung erzielt. Die Einkommensregelung wird mit Wirkung ab 1. Mai mit einigen Abänderungen mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß die tariflichen Mindestsätze der Gehälter in den Hauptgruppen um etwa 6,5 Prozent erhöht werden.

Westdeutschland

• Köln: (Kirchendiebstahl.) In der Pfarrkirche St. Maria im Kapitol wurde am Sonntag Vormittag eine Holzfigur aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts, darstellend einen Mönch im Dominikanerhabit, in der rechten Hand einen Korb, in der linken ein Buch haltend, etwa 90 Zentimeter hoch, entwendet. Der Kirchenvorstand hat für die Wiederherbeischaffung der Skulptur eine Belohnung von 200 Mark unter Ausschluß des Rechtsweges ausgesetzt.

• Köln: (Erfängt und erschossen.) Ein etwa 52 Jahre alter verheirateter Geschäftsinhaber, ein früherer Wirt aus Ehrenfeld, hat sich in einem Anfall von Schwermut in Abwesenheit seiner Frau in der vorher verschlossenen Küche an der Türklinke aufgehängt und sich dann einen tödlichen Schuß in den Kopf beibracht. Als die Frau des Lebensmüden nach Hause kam, fand sie ihren Mann bereits tot auf.

Humoristisches

Mitgift.

Boxer Kochantes Meiste fährt mit dem Trainer Heppel in den Ehehafen. Schon wenige Tage nach der Trauung kommt es aber im Hause Kochantes zu Zwistigkeiten, in deren Verlauf Kochante seinen Schwiegerohn aus der Wohnung herausboxt. Um nächsten Tage schreibt Heppel wutentbrannt einen scharfen Brief:

„... und überhaupt erlaube ich Sie um sofortige Zahlung der mir zugelegten Mitgift von zehntausend Mark.“

Worauf Kochante antwortet: „Mitgift ist keine Bringschuld, sondern eine Hofschild. Sie können sie sich bei mir holen. Lassen Sie sich aber gleich 'nen Krankenschein ausstellen.“

Westdeutscher Rundfunk

Donnerstag, 17. Mai.

9.00—10.00 Köln: Kath. Morgenfeier.
11.00—11.20 Köln: Landwirtschaftsfunf.

11.20—12.15 Düsseldorf: Lesestunde.

12.20—12.50 Köln: Das Olympische Fußballturnier.

13.00—14.30 Köln: Mittagskonzert.
14.30 Köln: Sonde Bericht über das Olympische Hockeyspiel Amsterdam.

14.45—15.10 Köln: Der schöne Kreis Mhrweiler.

15.15—15.50 Uebertr. aus Gladbeck.
15.50—16.10 Köln: Der Talmud.

16.10—16.30 Köln: Von der Dichtung der Zwanzigjährigen.

16.30—18.00 Köln: Vesperkonzert.
18.05—18.35 Köln: Lesestunde.

18.35—18.55 Köln: Reisebilder aus Marokko.

18.55—19.25 Köln: Weitere Rezitationen.
19.30 Köln: Orchesterkonzert.

Anschl. Köln: Letzte Weid. u. Sportbericht.
Bis 24.00 Köln: Nachtmusik.

Der Lebertran.
Eine Aimergeheide.

Obichal um Mitternacht.
Geht von Karl St. Amrod.

setnen
 fallen
 trunig
 Brud
 M
 nach
 unglü
 den a
 beiauf
 Alter
 Ewig
 11
 dächit
 storbe
 R
 fien),
 am P
 Pfarr
 Heer
 Trau
 setnen
 fallen
 lieber
 Brud
 F
 nach
 bl. ©
 Kirch
 Ewig
 11
 Gebet
 bitten
 Die
 R
 tag. d
 Sterb
 auß.
 feierl
 St. ©

„Das hat mir wohl getan als das Eingesperrtsein.“

tieffe beflucht. „Sitz selber habi doch —
„Gernug geredet“, unterbricht er sie schnel. „Du kennst
fest meinten Sitten und hast dich danach zu richten!“
(Vorfleugungs folge.)

Der rein und felt gemefen, waren daran gerbrogen. u
 nun follte fie fterben! — Schon ihm und ihren Sündern i
 immer gehen. — —

Deinmal, wirlich ist eine kleine
derfingen.